



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



Brüssel, 27. März 2006

# **EMPFEHLUNG**

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

## **„Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“**

angenommen auf der Grundlage des Entwurfs, der im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung von dessen Vorsitzenden

Dr. Hashim Dabbas

vorgelegt wurde

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer:

- unter Hinweis auf die am 20. November 2005 in Rabat angenommene Empfehlung,
- unter Hinweis auf seine Sitzung vom 30. Januar 2006 in Lissabon,

**Bildung:**

1. betrachtet die Analphabetenraten in den südlichen Ländern als Hindernis für die Entwicklung der Region; ist der Auffassung, dass die Modernisierung der Rechtsvorschriften im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung eine vorrangige Aufgabe und eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region darstellt; fordert aus diesem Grunde den Ausbau der Grundschulbildung und eine Erhöhung der Zahl der Bildungseinrichtungen im Sekundar- und Hochschulbereich;
2. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten zur Aufstellung von Programmen aufgefordert werden müssen, durch die den wirtschaftlich schwachen Gebieten geholfen werden kann, den Sekundar- und Hochschulbereich zu entwickeln und insbesondere Frauen aus sozial schwachen Bevölkerungsschichten den Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen;
3. verweist nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer inhaltlichen Überprüfung einer Reihe von Lehrplänen in den Europa-Mittelmeer-Ländern, die karikierende Darstellungen und Halbwahrheiten in Bezug auf einige ihrer Partner enthalten und damit eine Atmosphäre von Feindseligkeit und Hass schüren und greifbare Fortschritte bei der Herstellung gesunder Beziehungen zwischen den Europa-Mittelmeer-Partnerstaaten verhindern;
4. betont die Notwendigkeit von Austauschprogrammen für Studenten, Praktikanten und Arbeitnehmer als potenziellen Beitrag zur Anhebung des Wissensstandes; fordert die Unterstützung der bereits vorhandenen Programme TEMPUS, ERASMUS und MUNDUS und die Ausweitung dieser Programme auf den Sekundarbereich; ruft die Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nachdrücklich auf, Austauschprogramme für Sekundarschullehrer und Hochschulprofessoren in den Bereichen Lehre und Orientierung zu fördern; betont ferner die Notwendigkeit, den akademischen Austausch sowie den Austausch zwischen akademischen und Forschungseinrichtungen zu fördern;
5. unterstreicht die Notwendigkeit eines nachhaltigen Engagements der europäischen Partner für die erforderliche materielle und technische Unterstützung der Reform und Entwicklung des Bildungswesens in den Mittelmeer-Ländern;
6. verweist auf die Bedeutung der Bildung und fordert die Parlamente der Europa-Mittelmeer-Region ebenso wie das Europäische Parlament auf, eine Evaluierung der aus dem MEDA-Programm finanzierten Bildungsprogramme vorzunehmen;
7. betont die Notwendigkeit des Aufbaus eines parlamentarischen Kooperationsnetzes in der Europa-Mittelmeer-Region zur Harmonisierung von Bildungsprogrammen; fordert außerdem den Aufbau eines regionalen Netzes von Jugendorganisationen, die sich für die Erhaltung nationaler und internationaler Werte im Interesse von Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Achtung des Rechts einsetzen;

8. betont die Notwendigkeit von Strategien zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor mit dem Ziel, das Niveau der Humanressourcen im Bildungswesen anzuheben;
9. empfiehlt, die Möglichkeit der Einbeziehung der südlichen Partnerländer in die Aktionen des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung zu prüfen;
10. befürwortet die Einrichtung eines Europa-Mittelmeer-Fonds für wissenschaftliche Forschung mit dem Ziel, zwischen den Hochschulen der Europa-Mittelmeer-Länder eine Gemeinschaft des Lernens zu schaffen, die Forscher in den südlichen Partnerländern zu unterstützen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu steigern und den kulturellen Austausch zwischen allen Hochschuleinrichtungen im Europa-Mittelmeer-Raum zu fördern;

### **Soziale Stabilität und soziale Rechte**

11. ist der Auffassung, dass Beschäftigung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wichtige Faktoren für soziale Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt sind, was für Männer und Frauen gleichermaßen gilt; fordert die Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nachdrücklich auf, die sozialen Rechte der Frauen in ihre Verfassungen einzubinden;
12. verweist auf die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung der südlichen Länder, um die soziale Entwicklung voranzutreiben und das Gefälle zwischen den südlichen und den nördlichen Ländern abzubauen sowie Armut und soziale Not in den südlichen Ländern zu verringern; fordert die Erarbeitung und Verbreitung einer auf den Mittelmeerraum zugeschnittenen Version der Millenniums-Entwicklungsziele (MEZ) und ruft die Europäische Kommission zur verstärkten materiellen Unterstützung derjenigen Völker des Mittelmeerraums auf, die besonders von den Problemen der Unterentwicklung betroffen sind;
13. ruft die Mitgliedstaaten zur Befolgung der Regeln der guten Regierungsführung auf und fordert die nördlichen Länder auf, technische Hilfe für die Länder zu leisten, die Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Ziels benötigen;
14. empfiehlt im Interesse der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in den südlichen Mittelmeerländern eine verstärkte Beachtung der Gesamtheit der Reformen und Instrumente, die erforderlich sind, um Investitionen aus Europa in das Gebiet zu holen, wozu auch die Stärkung der industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ufern des Mittelmeers gehört;
15. fordert die konsequente Achtung der grundlegenden arbeitsrechtlichen Normen und sozialen Rechte als Teil der gemeinsamen Werte, auf denen die europäische Nachbarschaftspolitik und die Partnerschaften beruhen; fordert nachdrücklich die Einbeziehung aller betreffenden Partner in die Aktionspläne und appelliert an die Mitgliedstaaten der PVEM, alle internationalen Abkommen im Bereich der sozialen

Rechte unter uneingeschränkter Achtung der Rechte von Frauen und Kindern zu verwirklichen;

16. fordert eine Aufstockung der Finanzmittel für die am wenigsten entwickelten Länder im südlichen Mittelmeerraum im Rahmen der Programme MEDA 1 und MEDA 2, um diesen Ländern bei der Bewältigung der Belastungen des Entwicklungsprozesses sowie bei der Modernisierung ihrer Industrie und der Einführung fortgeschrittener Technologien zu helfen;
17. erkennt die Souveränität der Visapolitik der EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten an, meint jedoch, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gesellschaften zu beiden Seiten des Mittelmeers ist; vertritt die Auffassung, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer besonders im Falle von Arbeitnehmern gefördert werden sollte, die einen Bedarf im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer decken; ist der Auffassung, dass die Schwierigkeiten von Bürgern der südlichen Mittelmeerländer bei der Erlangung von Visa für europäische Länder bei den sozialen Akteuren ein Gefühl der Ohnmacht und Frustration hervorruft und den sozio-kulturellen Dialog und Austausch ernsthaft unterminiert; bekräftigt daher die Notwendigkeit des Ausbaus der vorhandenen Zusammenarbeit im Rahmen der Assoziierungs- und Kooperationsabkommen zwecks Gewährleistung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer;
18. ruft die Mittelmeerländer auf, sich um die Unterstützung des privaten Sektors zu bemühen, der Beschäftigungsmöglichkeiten bietet und damit allmählich eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernimmt, was wiederum erheblich zur Sicherung der sozialen Stabilität beiträgt;
19. hält die Aufnahme eines sozialen Dialogs zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen für erforderlich und ist der Ansicht, dass eine Analyse und Auswertung der Lage vorgenommen werden muss, um die wichtigsten Herausforderungen zu ermitteln und die Strategien in den Bereichen Armutsbekämpfung, Beschäftigung und sozialer Dialog sowie Arbeitsbedingungen und Sozialschutz zu harmonisieren;
20. vertritt die Auffassung, dass soziale Angelegenheiten in den Europa-Mittelmeer-Ländern eine sensible Frage darstellen; ist vor diesem Hintergrund der Ansicht, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung mit den nationalen Parlamenten und den entsprechenden Ausschüssen zusammenarbeiten muss, um die Prioritäten für das kommende Jahr festzulegen und den Rahmen für künftige Dialoge zu erarbeiten;

## **Energie**

21. bekräftigt die Bedeutung der Herstellung von Kooperationsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der PVEM im Bereich der Energieversorgung; fordert alle Mitgliedstaaten zur Förderung von Energieeffizienz, Energieeinsparungen und erneuerbaren Energien sowie zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen auf; ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit auf Studien, Forschungsarbeit und Projekten zur Ermittlung energiepolitischer Alternativen beruhen sollte, was insbesondere angesichts der

steigenden Brennstoffpreise gilt, die sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Lebensstandard in den Partnerländern auswirken;

22. stellt fest, dass die Abhängigkeit der meisten Mitgliedstaaten der PVEM von externen Energiequellen ständig zunimmt und die steigende Nachfrage nach externen Energielieferungen zusätzlichen Druck auf die vorhandenen Lieferwege ausübt; fordert die Schaffung neuer Routen, die die künftige Verfügbarkeit und die Preise von Energielieferungen beeinflussen können;
23. begrüßt die Bemühungen zur Schaffung eines Energiemarkts Europa-Mittelmeer, so beispielsweise die subregionalen Projekte zur schrittweisen Integration zwischen den Strommärkten der Maschrek- und Maghreb-Länder und der Europäischen Union; ist der Auffassung, dass dasselbe auch für die Gasmärkte im Maschrek und andere Energieprojekte insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien gilt, die für die Länder der Region von Interesse sind;
24. begrüßt die Tatsache, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) durch die Investitionsfazilität (FEMIP) im Rahmen des MEDA-Programms Projekte zur Entwicklung alternativer Energiequellen und zur Förderung einer effizienten Energienutzung finanziert, wobei durch die Einrichtung von Projektmanagementstellen konkrete Bemühungen um den Ausbau der institutionellen Kapazität der Marketingeinrichtungen und zur Erhöhung des Nutzeffekts dieser Projekte unternommen wurden;
25. ruft alle Mitgliedstaaten der PVEM auf, sich für die Grundprinzipien der Energiepolitik einzusetzen, die auf dem Energieforum vom April 2003 und auf der Ministerkonferenz des Energieforums Europa-Mittelmeer 2003 in Athen und 2004 in Rom verabschiedet wurden;
26. fordert die Mitgliedstaaten der PVEM und der EU nachdrücklich auf, im Rahmen der MEDA-Programme einen Schritt weiter zu gehen und das Potenzial erneuerbarer Energiequellen – insbesondere der Sonnenenergie – sowie die Energieeffizienz zu fördern, den Kyoto-Prozess zu unterstützen, ein rationelleres Nachfragemanagement im Energiebereich zu fördern, Regeln und Normen sowie Informationssysteme und Statistiken im Energiesektor der südlichen Mittelmeerländer zu harmonisieren;
27. fordert Maßnahmen zur Gewährleistung sicherer Energielieferungen im Interesse der Sicherheit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung im Europa-Mittelmeer-Bereich sowie zur Erleichterung der Finanzierung von Energie-Infrastrukturen zwischen Süd und Nord sowie Süd und Süd; fordert außerdem zusätzliche technische Unterstützung für die Entwicklung von Energiestrategien Europa-Mittelmeer sowie die Annahme einer tragfähigen Agenda für eine Energiepartnerschaft Europa-Mittelmeer;
28. fordert die Einrichtung eines Fonds für die Unterstützung von Ländern, die vom starken Anstieg der Brennstoffpreise betroffen sind;
29. fordert die zufriedenstellende Lösung von Umweltproblemen im Zusammenhang mit der Ausweitung der Energielieferungen;

## **Freihandel und Wirtschaftsentwicklung**

30. fordert die Mitgliedstaaten der PVEM zur Umsetzung harmonisierter Vorschriften für Handel und Wettbewerb auf und hebt hervor, dass auf der 5. Europa-Mittelmeer-Konferenz der Handelsminister am 24. März 2004 in Marrakesch Wege zur Errichtung und Vollendung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010 und Möglichkeiten zur Verbesserung des Süd-Süd-Handels erörtert wurden;

begrüßt die Aufnahme offizieller Verhandlungen über ein Ergänzungsprotokoll zu den Assoziierungsabkommen, das die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und Investitionen vorsieht, sowie den Beschluss der Handelsminister zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen über die Konformitätsbewertung, das für die Partnerländer eine Voraussetzung für die Steigerung ihrer Ausfuhren darstellt;

fordert eine umfassendere Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwecks Vollendung einer echten Freihandelszone entsprechend den Verhandlungen und Ergebnissen der WTO;

31. ruft die Europäische Kommission und den Rat der EU zur Evaluierung der Studie über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Errichtung einer Freihandelszone bis 2010 auf, die von der Universität Manchester durchgeführt wurde;

32. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der PVEM, der Europäischen Kommission und der Präsidentschaft der Europäischen Union auf verschiedenen Gebieten, darunter insbesondere im wirtschaftlichen Bereich;

33. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem auf der PVEM-Plenarsitzung in Kairo gegründeten Ad-hoc-Ausschuss für die Rechte der Frau mit dem Ziel, die Rolle der Frauen in Gesellschaft und Entwicklung und insbesondere im wirtschaftlichen Bereich zu fördern;

34. bekräftigt die Notwendigkeit einer fortgesetzten finanziellen Unterstützung für die Völker der Mitgliedstaaten der PVEM in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur und nimmt mit Wohlwollen die kontinuierliche finanzielle Unterstützung der EU für das palästinensische Volk zur Kenntnis;

35. fordert die Intensivierung der Kontakte zwischen dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung und den Außenministern der Europa-Mittelmeer-Länder zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses;

36. fordert die Entwicklung von Rechtsvorschriften und Mechanismen für Direktinvestitionen und die gleichzeitige Schaffung von Anreizen für die Lenkung privater Investitionen; ruft auch die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Märkte entsprechend dem Grundsatz des freien Handels für die Erzeugnisse der Mittelmeerstaaten zu öffnen;

37. befürwortet die Aufnahme einer Zusammenarbeit der Partnerstaaten im Umweltbereich, wobei der aquatischen Umwelt besondere Beachtung zukommen sollte, indem eine

gemeinsame Bestandsaufnahme sowie quantitative und qualitative Gewässerkontrollen durchgeführt werden;

38. ruft die Partnerschaft auf, sich neuen Themenbereichen zuzuwenden, so beispielsweise den kleinen und mittleren Unternehmen im Europa-Mittelmeer-Raum;
39. betont die Notwendigkeit eines koordinierten Programms zur Bewältigung von Naturkatastrophen im Europa-Mittelmeer-Raum;
40. hebt hervor, dass die Partnerschaftsübereinkommen zur Entwicklung produktiver industrieller Strukturen in den Mittelmeerländern beitragen müssen;
41. ruft die Mitgliedstaaten der PVEM auf, dem Geflügel- bzw. Agrarsektor im Falle des Ausbruchs von Vogelgrippe und insbesondere bei Auftreten des hochpathogenen und tödlichen H5N1-Stamms erforderlichenfalls Entschädigung zu zahlen, um eine wirksame Durchführung aller Präventiv-, Überwachungs- und Notfallmaßnahmen zu ermöglichen und so die Ausbreitung der Vogelgrippe in der Region zu verhindern;
42. fordert den Abschluss aller Verfahren zur Annahme und Durchführung des Assoziierungsabkommens mit Syrien im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.